„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"

J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.

Bernhard Bott, Chefredakteur.

Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.

Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9753 Jasper Avenue.

Mittwochsausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N. LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Weltpolitische Entscheidungen in Ostasien.

Während im schönen Schweizerland führende und angesehene Staatsmänner aus aller Herren Länder mit mehr oder minder schlauer Diplomatie über „Abrüstung" debattieren, mehr oder minder ernstgemeinte „Entwaffnungsvorschläge" unterbreiten, donnern die Geschütze, zischen die Maschinengewehrkugeln und explodieren krachend die Fliegerbomben der Japaner im Fernen Osten. Kann es einen größeren Hohn auf die „Abrüstungskonferenz" in Genf und auf all das diplomatische Rankespiel, das hinter den Kulissen dieser Konferenz sich abspielt, geben? Man wäre beinahe versucht, in ein schallendes Gelächter auszubrechen, müßte man nicht einsehen, daß das rücksichtslose und militaristische Vorgehen der Japaner in Ostasien eine sehr ernste und weittragende Bedeutung für die Weltpolitik hat.

„Der Courier" ist stets bemüht, seinen Lesern eine möglichst gründliche Aufklärung über die inneren Zusammenhänge und die tieferen Ursachen des Weltgeschehens zu vermitteln. In der letzten Courier"Ausgabe wurde in dem Artikel des Dr. Friedrich Dix, „Der Kampf um Asien" das Verhältnis Amerikas zu den Ländern am Stillen Ozean behandelt. In dieser Nummer finden unsere Freunde auf Seite 9 zwei Artikel: „Der russisch-japanische Gegensatz", und „Vorsorge für 1950". Namentlich der letztere Artikel verdient eingehende Beachtung, weil er 1) Japans wirtschaftspolitische und herrschaftspläne in klarster Weise enthüllt und weil er 2) die Sympathie der „öffentlichen Meinung" Frankreichs für die imperialistische Politik der Japaner verrät. Mancher Harmlose mag fragen: Wie vereinbart sich das damit, daß Frankreich mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Italien in der Stellungnahme gegen den japanischen Einfall in China anscheinend an einem Strange zieht? Doch möge man sich durch solche Spiegelfechtereien nicht täuschen lassen. Weder die Yankees noch John Bull noch Marianne noch Mussolini vertreten hierbei gemeinsame Interessen der „westlichen Zivilisation" oder das Recht des schändlich überfallenen China, sondern lediglich ihre eigenen selbstsüchtigen nationalpolitischen und großkapitalistischen Belange.

Wenn Frankreich auch vor der großen Welt „das Gesicht wahrt" und nach außen hin eine gewisse Solidarität mit anderen Mächten zu bekunden scheint, so können doch sehr wohl zwischen Paris und Tokio stille und unauffällige Beziehungen anderer Art anknüpft sein. Das würde der ganzen Geistesverfassung der französischen „öffentlichen Meinung" entsprechen, würde ferner die starken französischen Interessen in Ostasien berücksichtigen und zugleich auch ein willkommenes Mittel sein, um den seit einigen Jahren unbequem gewordenen ehemaligen „Bundesbrüdern", wie Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Italien einen Nackenschlag zu versetzen. Frankreich grenzt durch seinen Kolonialbesitz in Indochina an das große chinesische Reich. Die Kolonie Kotschinchina, die Protektorate Kambodscha, Tonkin, Annam und Laos sowie die Pachtung Kwangtschou sind ertragreiche Gebiete, die unter französischer Ausbeutung Reis, Fische, Pfeffer, Häute, Kohle, Baumwolle, Kautschuk und Zucker liefern. Das französische Kolonialgebiet ist ferner seit Jahren, angeblich unter bolschewistischen und chinesischen Einflüssen, zu einem bedenklichen Unruheherd geworden. Blutig und brutal niedergeschlagene Aufstände der unterjochten Eingeborenen waren zu verzeichnen. Daher würde man es in Paris wohl nicht ungern sehen, wenn China und Rußland sowie die gefährlichen Konkurrenten Großbritannien und die Vereinigten Staaten durch das von Japan angezettelte kriegerische Unternehmen einen moralischen Hieb erhalten würden, wobei auch die Rückwirkungen auf die europäische Politik Frankreichs nicht zu unterschätzen wären. Die japanfreundliche Haltung der Pariser Presse aber ist leicht zu verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie stark die französischen Zeitungen unter dem Einfluß der französischen Rüstungsindustrie stehen, die von japanischer Seite bereits beträchtliche Aufträge für Waffenlieferungen erhalten hat und auf japanische Rechnung fieberhaft arbeitet.

Manche unserer Freunde sind darüber erstaunt, daß Deutschland sich an den bisher hauptsächlich papierenen Aktionen der Großmächte nicht beteiligt. Dabei ist zu bedenken, daß es durch die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags zur militärischen und maritimen Ohnmacht verurteilt ist, dann aber auch, daß es keine kolonialen oder großkapitalistischen Interessen im Fernen Osten wahrzunehmen hat. Allerdings waren die deutsch-chinesischen Beziehungen in den letzten Jahren freundlicher Natur. Dafür sind verschiedene Belege vorhanden, die sich aus den ziemlich ungestörten Handelsverbindungen, den projektierten Flugverbindungen von Deutschland nach China usw. ergeben. Auch kann ein gewisses deutsches Mitgefühl mit dem Schicksal Chinas, dieses Landes mit seiner alten und hohen Kultur und seiner glänzenden Vergangenheit, da und dort festgestellt werden. Der Deutsche empfindet eine gewisse Gleichartigkeit in seinem und dem chinesischen Schicksal, weil die beiden großen Völker, das deutsche wie das chinesische, unter den Schikanen ausländischer Willkür leiden.

Japan hat mit echt asiatischer Klugheit den günstigen Moment erfaßt und ergriffen, um seinen offenkundigen Eroberungszug in die Mandschurei und in China zu beginnen. In Tokio weiß man nur zu gut, daß Europa und Amerika unter den verheerenden Folgen der Weltdepression in so empfindlicher Weise leiden, daß sie zu ernsthaftem Widerstand kaum fähig sind. Manche Regierung müßte Unruhen oder sogar eine Revolution im eigenen Lande befürchten, wenn sie größere Truppenmassen nach Asien werfen wollte, ganz abgesehen davon, daß in den notleidenden Volksmassen wenig oder kein Verständnis für ein kostspieliges und schließlich doch nutzloses Abenteuer im Fernen Osten bestehen würde. Daher konnte Japan ohne so abgenützte Formalitäten wie Ultimatum oder Kriegserklärung in China, das durch innere Kämpfe bereits geschwächt war, Krieg anfangen, um sich auf dem asiatischen Kontinent neben Korea und der Mandschurei auch noch Einflußgebiete in China selbst zu erobern. Die Schwachheit des Völkerbundes übersah man mit einem Hohnlächeln, das den schlitzäugigen Japanern so gut zu Gesicht steht.

Doch seien wir uns darüber klar, daß in Ostasien heute weltpolitisch bedeutsame Entscheidungen vorbereitet werden, die ihre Fernwirkungen auf die Stellung der weißen Rasse, auf die europäische und amerikanische Politik nicht verfehlen werden.

Möglichkeiten eines großen Donaubundes?

Der Führer der ungarischen Opposition, Ministerpräsident a. D. Stephan Friedrich, bemühte sich nun auch darum, die Möglichkeiten für einen großen Donaubund, der Polen einschließt, zu untersuchen. Er war kürzlich zu diesem Zweck in Prag und in Belgrad. Die über die amtliche südslawische Auffassung gut unterrichtete Balkankorrespondenz sagt dazu:

„Für Südslawien ist die Frage der künftigen Gestaltung des wirtschaftlichen Europas von weitgehender Bedeutung. Gemäß seiner ganzen Struktur neigt es dem Balkan zu, ist aber als ausgesprochenes Agrarland nicht in der Lage, auf so wichtige Absatzgebiete wie Italien und vor allem Deutschland zu verzichten. Ein engerer Zusammenschluß oder gar eine Zollgemeinschaft mit anderen ausgesprochenen Agrarländern kann für keinen der vertragschließenden Partner ein befriedigendes Ergebnis bringen; die westeuropäischen Staaten sind aber, wie die vergangenen zehn Jahre bewiesen haben, nicht in der Lage den Ausfuhrüberschuß der südosteuropäischen Landwirtschaftsstaaten aufzunehmen. Der stärkste und zahlungsfähigste Abnehmer der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Südslawiens ist Deutschland. Alle bisherigen Pläne eines Donaubundes haben Deutschland beiseite gelassen und auch mit Italien nicht gerechnet. Südslawien ist ein verbündeter Frankreichs, das genau weiß, wie sehr Südslawiens gesunde Entwicklung von einem gesicherten Absatz seines Ausfuhrüberschusses abhängig ist. Sind nun die Vorschläge Friedrichs auf derselben oder einer ähnlichen Grundlage aufgebaut, so besteht für Südslawien kein Anlaß, seine bisherige Haltung zu ändern. Die Zukunft Europas hängt von der Verständigung Frankreichs mit Deutschland ab, zu der es kommen wird, weil es dazu kommen muß. Bis dahin gibt es für Südslawien keine zwingende Notwendigkeit, sich seiner Bewegungsfreiheit nach irgendeiner Seite zu begeben.

Praktische Anregung zur Goethe-Ehrung.

Der deutschamerikanische Nationalbund stellt in einem Aufruf „Ehrt das Andenken Goethes!" die Frage: „Soll es bei akademischen Goethefeiern bleiben, oder wollen wir uns aufraffen, zum Andenken Goethes etwas Bleibendes zu schaffen?" Dann folgen die nachstehenden praktischen Anregungen, die auch von den Deutsch-Canadiern bejaht und stellenweise verwirklicht werden könnten:

„Seitdem es zur Zeit des Hitlerwerkes für die alte Heimat ein geeintes Deutschamerikanertum gegeben hat, gab es keine bessere Gelegenheit, die vier Gruppen der Deutschamerikaner, Kirchendeutsche, Vereinsdeutsche, Anachronisten aller Bildungsstände, die weder kirchen- noch vereinsdeutsch sind, und die Zukunftsdeutschen auf einem Felde zu gemeinsamer Arbeit zu vereinen, im Dienste einer großen Sache, in der sie Alle einig sind: in der Erhaltung der deutschen Sprache. Es gibt kein besseres Bindemittel für die Erhaltung deutschen Volkstums.

„Herren und Damen, der genannten vier Gruppen, die willens sind, an der Einrichtung deutscher Samstagsschulen mitzuhelfen, sind aufgefordert, sich in jeder Stadt, sei sie auch noch so klein, in einem Komitee zusammenzutun und eine Arbeitsgemeinschaft zur Erhaltung der deutschen Sprache zu bilden. Pastoren und Lehrer, sowie Vereine, wenn es sich um ein Schullokal handelt, sowie die deutschsprachige Presse werden gern zur Mitarbeit bereit sein.

„Wenn die Ferienzeit nahe ist, sind Vorkehrungen für die Einrichtung von Sommerschulen zu treffen. Auch die Gründung von Kinderchören sollte in Angriff genommen werden; denn nichts macht dem Kinde die deutsche Sprache zugänglicher, wie die herrlichen Volkslieder. Mit einem Doppelquartett kann der Anfang gemacht werden. Aus Kinderchören werden Jugendchöre, aus denen später Gesangsvereine und gemischte Chöre Zuwachs erhalten.

„Hand in Hand mit einer langwierigen Bewegung für deutsche Samstagsschulen muß die Anbringung von Schulfonds gehen, die in jeder Stadt Kulturarbeiten und zu erhalten sind. In einzelnen Städten werden schon jetzt deutsche Schulen aus den Zinsen bestehender Schulfonds unterhalten. Möge diese Tatsache zur Nachahmung anspornen. Sicher ist, daß wohlhabende Vereine und Einzelpersonen bereit sein werden, in ihrer Stadt zu einem Schulfond beizusteuern, wenn sie überzeugt werden können, daß es sich um eine gute Sache handelt, die kein Strohfeuer ist. Dazu ist nötig, daß in jeder Stadt ernsthaft an die Arbeit gegangen wird. Die deutschsprachige Presse wird gern durch die Veröffentlichung von Aufrufen mithelfen."

Weltumschau

Kapitalflucht aus England. Die große Besorgnis in Regierungskreisen über die andauernde Kapitalflucht spiegelt sich in einer Rede wider, die der Präsident des Handelsamtes Walter Runciman im Unterhaus hielt. „Die Abwanderung von Kapital aus dem Lande hält an", begann der Redner, „desgleichen der Rückgang der Bankeinlagen. Jede Woche werden die französischen Bilanzen in London kleiner." Er hörte dann weiter aus, vorerst sei Großbritannien noch im Stande, den Anforderungen zu genügen. Sollte aber das Pfund geschwächt werden, so würden Franzosen und Amerikaner fortfahren, ihre Kapitalien aus England herauszuziehen, um sie anderswo unterzubringen, wo die Anlagen sicherer erscheinen. Soweit man sich allerdings noch zu Hause wies im Ausland Vertrauen in die Finanzlage geltend. „Die halbe Welt", fuhr der Redner fort, „ist vom Goldstandard abgewichen, außerdem verteilt sich das Gold tatsächlich auf zwei Länder. Geld hat aufgehört zu funktionieren."

Runciman ging dann zur Verteidigung des projektierten Tarifs über und sagte, diese Zollerhöhungen würden dem Schatzamt beinahe 30 Millionen Pfund Sterling im Jahre zuführen.

Gwilin Lloyd George, der Sohn des früheren Premiers, sprach gegen die Tarifvorlage und setzte sich für Freihandel ein.

„Farmer-Revolte" in England. Im „Daily Express" erklärte J. F. Wright, Führer der englischen Landwirte-Partei, von seiner Partei werde beabsichtigt, die Regierung darauf hinzuweisen, daß eine Erweiterung der Schutzzoll-Maßnahmen auf Fleisch von Rindern, Schafen, Lammern und Schweinen dringend notwendig sei. In der Darlegung der Zollvorlage durch den Schatzkanzler Neville Chamberlain ist diese Einfuhr unter Klasse „Fleisch" zollfrei belassen.

Die genannte Zeitung bringt die Erklärung des Führers der Landwirte auf der Frontseite unter der Aufschrift „Farmers-Revolte" gegen die Regierung und führt weiter aus, daß die Getreidefarmer gegen den Vorschlag, Mais mit einem Zoll von 12 Shillings die Tonne und Gerste für Futterzwecke mit einem Wertzoll von 90 Prozent zu belegen, Einspruch erheben werden.

Weiter hebt das Blatt hervor, daß gegen die zollfreie Einfuhr von Schweinefleisch protestiert werden wird, weil, nach Darlegung des Führers der Landwirte, die Einfuhr von Schweinefleisch aus Dänemark „uns nahezu Ruin gebracht hat." Nicht nur Rindfleisch, sondern auch Schaf- und Lammfleisch seien unter der Regierungsvorlage von Verzollung befreit, während Oelkuchen und Baumwollkuchen für Viehfütterung mit Zollabgaben belastet werden.

Frankreich hat Finanzsorgen. Ein Aufruf zur Sparsamkeit im Staatshaushalt erging von Lucien Lamoureux, dem Referenten des Budgetausschusses der französischen Kammer. Er hißte die Gefahrsignale und forderte, zu einer drastischen Beschneidung der Regierungsausgaben auf. Wie er sagt, verfügt das Schatzamt, abgesehen von den bereits kontrahierten Ausgaben, über nur 2,950,000,000 Francs (etwa $90,000,000). In dem Bericht, welcher im Laufe der Woche der Kammer zugehen wird, wird erklärt, die gesetzgebende Körperschaft erbe ernste Schwierigkeiten, teilweise herbeigeführt durch außerordentliche Umstände, aber meistens verursacht durch unverzügliche Verschwendungen früherer Regierungen während der letzten Jahre.

Der Ausschuß wird allerdings ein ausgeglichenes Budget vorlegen mit 41,704,541,000 Francs Einnahmen und 41,088,953,000 Francs Ausgaben, aber Lamoureux sagte, daß dieser Ausgleich nur zustande gekommen, um das „eigene Gesicht" zu retten. Das Budget wurde unter der Voraussetzung aufgestellt, daß Deutschland nach dem 1. Juli dieses Jahres wieder Reparationsgelder zahlen würde. Falls aber diese Reparationsgelder nicht einlaufen, so wird die Regierung, wie in Finanzkreisen erklärt wird, gezwungen sein, entweder die Ausgaben zu beschneiden oder die Steuern hinaufzuschrauben, um den Ausfall an Reparationsgeldern zu decken.

English-französischer Gegensatz. Sowohl der Vertreter von Großbritannien wie der von Frankreich warnten in Genf vor der ernsten Gefahr, daß ein Fehlschlag der internationalen Abrüstungskonferenz eine Weltkatastrophe bedeuten wird; sie waren jedoch grundverschiedener Ansicht darüber, wie dieser Gefahr begegnet werden könnte.

Sir John Simon, der britische Außensekretär, vertrat nachdrücklich den Standpunkt, daß der Frieden allein durch Abrüstung gesichert werden kann. Andre Tardieu, Frankreichs Kriegsminister, verteidigte dagegen seinen Plan, dem Völkerbunde eine starke militärische Macht zu geben.

Der britische Außenminister eröffnete die allgemeine Diskussion mit einer Rede, in der er die Abschaffung von Tauchbooten und das Verbot von Gaskrieg verlangte. Er kritisierte den französischen Vorschlag und erklärte, daß Sicherheit nicht länger durch Rüstung zum Kriege erzielt werden könne. In Darlegung der britischen Vorschläge betonte er gleichzeitig, daß sie sich im Rahmen der entworfenen Abrüstungs-Konvention hielten, in welchem Rahmen die Diskussion der Konferenz bleiben müßte, wenn ein Erfolg der Verhandlungen erwartet werden sollte. Zugleich trete die englische Abordnung für Rüstungsgleichheit bei „Siegern" wie „Besiegten" ein.

Andre Tardieu, der nach dem Vertreter Englands sprach, erklärte, daß es keinen permanenten Frieden in der Welt geben könne, solange der Völkerbund nicht bewaffnet sei. Offenbar mit einer Bezugnahme auf Deutschland und seine Weltkriegsverbündeten, fügte er hinzu: „Wir sind nicht hier, um die Karte der Welt umzugestalten."

„Unterziehen Sie unseren Plan einer kritischen Prüfung", sagte Tardieu. „Diskutieren Sie ihn, bringen Sie Pläne, die Sie für besser halten! Sie werden uns versöhnlich finden, mit dem einzigen Vorbehalt, daß wir unerschütterlich an der fundamentalen Grundlage der Organisation des Friedens festhalten; weil wir überzeugt sind, daß Abrüstung ohne Organisation zahlenmäßiger Ueberlegenheit und technischer Leistungsfähigkeit eine brutale und ungerechte Ermutigung geben würde."

Seine Zuhörer erkannten sofort, daß Tardieu hiermit Deutschland meinte, dessen größere Bevölkerung und wissenschaftliche Tüchtigkeit Frankreich die größte Furcht einflößen.

Rußland und die „Abrüstung". Der russische Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Maxim Litwinoff, unterbreitete der allgemeinen Abrüstungskonferenz den Vorschlag einer „völligen allgemeinen Abrüstung als einzige wirksame Sicherheit gegen den Krieg". Litwinoff forderte von der Konferenz, die Tanks, überschwere weitreichende Geschütze, Sanitätsflugzeuge von mehr als zwölftausend Kilo, Flugzeugmutterschiffe, militärische Verkehrsflugzeuge, Bombenwerfer, alle Kriegsschiffe und alle Mittel und Apparate für gleichzeitige bakteriologische und brandstiftende Kriegsführungsmittel, sowie alle Schiffe von mehr als 10,000 Tonnen abzuschaffen.

In Bezug auf den chinesisch-japanischen Konflikt sagte Litwinoff: „Die gegenwärtigen Ereignisse im Fernen Osten können der Sowjetunion eine besondere Sorge bereiten, dank ihrer geographischen Nähe des Schauplatzes dieser Vorkommnisse, auf dem große Armeen operieren und wo russische Emigranten, die die Sowjets bekämpfen, ihre Kräfte sammeln. Trotz all dieser Vorgänge bin ich beauftragt, hier zu erklären, daß die Sowjetunion bereit ist, in der gleichen Weise und zum gleichen Grade abzurüsten, zu dem die übrigen Nationen, vor allem diejenigen, die unsere direkten Nachbarn sind, ihre Zustimmung geben."

Litwinoff wies darauf hin, daß Rußland ebenfalls ein Sicherheitsproblem hat. Indem er öffentlich an die Weigerung der Vereinigten Staaten, die Sowjetunion anzuerkennen, erinnerte, sagte Litwinoff: „Sogar jetzt verbergen viele Staaten, einschließlich einer der stärksten Seemächte, ihre Feindseligkeit gegen uns nicht, die sogar so weit geht, daß sie sich weigern, normale friedliche Beziehungen zu uns zu unterhalten."

Er ließ durchblicken, daß die Sowjetpropaganda in anderen Ländern eingestellt werden soll, indem er sagte, daß „das einzige Ziel der Sowjetunion darin besteht, den Sozialismus innerhalb des Bereichs der Sowjetunion aufzubauen."

Litwinoff sagte, Rußland benötige keine Armee, keine Flotte und keine Luftstreitkräfte, wenn die Regierung sich versichert halten könnte, „daß andere Staaten sich nicht in ihre inneren Angelegenheiten einmischen und daß der friedliche wirtschaftliche Aufbau nicht von außen gestört wird."

Japans Pläne in China. Ein Vortragender der japanischen Regierung hat bekannt, daß das japanische Kabinett 40,000,000 Yen (etwa $14,500,000) zur Bestreitung der Operationen von Heer und Flotte in und um Schanghai und der kleinen militärischen Operationen in der Mandschurei ausgeworfen hat. Der Kriegsrat wird die Bewilligung zweifellos gutheißen. Wie viele Truppen die Japaner in Schanghai zu verwenden und wie weit sie dort mit ihren militärischen Operationen zu gehen gedenken, wird aber nicht verraten.

Da der japanische Vorschlag der Neutralisierung aller Häfen Chinas mancherorts übel aufgenommen werden ist, beeilte sich die japanische Regierung erklären zu lassen, daß Japan nirgends in China die Regierungsgewalt allein, sondern nur im Verein mit anderen Mächten zu übernehmen gedenke. Jesuke Matsuoka, ein Mitglied des japanischen Landtags und ein früherer Vizepräsident der Südmandschurischen Bahn, hieß es, werde sich demnächst, im Auftrage des Premiers Inukai und des Außenministers Yoshizawa nach Schanghai begeben, um alle diesbezüglichen Mißstände zwischen den Japanern und den dortigen Vertretern der Auslandmächte aufzuklären. Vor seiner Abreise werde er mit den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich in Tokio Rücksprache nehmen. Seine Aufgabe sei, mit den Vertretern der Mächte in Schanghai in enge Verbindung zu treten.

Japanischer Staatsmann ermordet. Inukai Tsuyoshi, der hervorragende japanische liberale Finanz- und Staatsmann und ein Freund der Vereinigten Staaten und Amerikas hatte, Premier zu werden, wenn seine Partei, die liberale Minseito, die für den 20. Februar angesetzten Parlamentswahlen gewinnen sollte, wurde, als er sich zu einer Wählerversammlung begab, von einem 25 Jahre alten schlecht gekleideten Bauernjüngling mehrere Revolverschüsse, der seinem Leben ein Ende machte, aus nächster Nähe abgefeuert und drei vielleicht tödliche Schüsse auf Inukai abgefeuert, als dieser aus seinem Auto ausstieg, tot gestochen. Der Attentäter wurde verhaftet und die Polizei sprach die Ansicht aus, daß der Mörder bloß einer der unzufriedenen Farmer sei, aber es wurde festgestellt, daß er seit seiner Ankunft in Tokio zu Hause eines Mitgliedes der Tamaoki Dachen Gesellschaft, eines Verbandes von mißvergnügten Jugendlichen, von nationalistischer Richtung und mit Duldung der Tamaoki Regierung einen Vorrat politischer Waffen angeschafft zu haben. Ein Blick auf den Tamaoki Wochenmarkt, der nur politischen Lebensmittelhändlern und die Blicke in die Tamaoki Geschäfte, die nur Dinge, die alle heimischen deutschen Waren große Poster von in Polen hergestellten Waren feilhalten, beweist täglich das Gegenteil.

„Von der Maas bis an die Memel . . ."

(Fortsetzung von Seite 1).

waltet. Im Jahre 1923 besetzte Litauen sie und der Streit wurde dem Völkerbund vorgelegt.

Unter Leitung des Völkerbundes stellte eine Untersuchungskommission das Memelgebiet als Einheit unter die Souveränität Litauens und bestimmte, daß ein Gouverneur durch den Präsidenten von Litauen ernannt werden soll. Ihr Bericht wurde 1924 von allen Parteien angenommen.

Deutscher Protest überreicht.

Berlin. — Der deutsche Gesandte in Kowno, Hans Moratz, übergab der litauischen Regierung einen formellen Protest gegen die brutale Verletzung des Memel-Statuts durch Amtsentsetzung des Präsidenten Otto Boettcher.

Aus Depeschen von Memel ging hervor, daß der litauische Gouverneur jenes Distrikts Boettcher beschuldigte, seine Vollmachten überschritten zu haben, als er nach Berlin reiste, ohne daß die Regierung davon Kenntnis hatte, um über die Ausfuhr von Vieh nach Deutschland zu verhandeln. Der Präsident ist nunmehr auf Ehrenwort nach Hause gesandt worden.

Genf, 13. Febr. — Der Völkerbundsrat trat soeben in offener Sitzung zusammen, nachdem von Deutschland ein Protest gegen die Behandlung des deutschen Memelgebiets eingelaufen war. Die Deutschen protestierten hauptsächlich gegen die Absetzung Böttchers von Memel durch die Litauer und behaupteten, daß Litauen das vom Völkerbund anerkannte Sonderstatut des Memelgebiets wiederholt verletzt habe.

Weitere Vergewaltigung des Memellandes.

Kowno, Litauen. — Die italienische Regierung machte auf die Vorstellungen der deutschen Regierung hinsichtlich der Absetzung Otto Böttchers als Präsident des Direktoriums vom Memelland geltend, Böttcher habe sich einer schweren Gesetzesübertretung schuldig gemacht, die möglicherweise eine auf Hochverrat lautende Anklage nach sich ziehen könnte.

Für Memel ernannte der litauische Gouverneur Oberst Merkys einen Litauer zum Nachfolger Böttchers als Präsidenten des Direktoriums, das sich in seiner Umbildung ganz aus Litauern zusammensetzt. Der neue Präsident wurde auch sofort in sein Amt eingesetzt, trotz des Protestes des Landtagspräsidenten, der erklärte, er wolle mit diesen tatarischen Taktiken nichts zu tun haben.

Canada fordert in Genf Abrüstung.

(Fortsetzung von Seite 1)

Vorschlag einer internationalen Polizei unter dem Völkerbund sagt. Der Premier: „Die Mächte müssen mutig handeln. Etwas muß getan werden, besonders die Bereitschaft dieser Mächte, die Kraft und den Mut Entscheidungen zu treffen, wenn die Tatsachen klar vor Augen liegen." Er fügte hinzu, daß wenn das Prestige des Völkerbundes erschüttert werden würde durch die Vorgänge im Fernen Osten, dann [illegible] es nur einen klareren Fall von internationalem Angriff und von Verletzung der Verträge gegeben hat. Es kann keine Garantie für den Frieden und daher kein Verlangen nach Abrüstung geben, so lange eine militärisch starke Nation ihre mächtige Kriegsmaschine gegen einen friedlichen Nachbarschaftsdienst darf.

Als Dr. Mackenzie King geendet hatte, blieb es einen Augenblick still, dann aber brach ein zung-wöhnlich starker Applaus los, obschon überall im Saale Zustimmung zu sehen und [illegible] Bemerkungen [illegible] zu erlauschen.

Deutschland und die Abrüstungsfrage.

(Fortsetzung von Seite 1).

[illegible] das eine Gruppe von Mächten einen anderen [illegible] sondern [illegible] von uns [illegible] allen andern.

Der Friedensvertrag [illegible] zeigten [illegible] was diesem Wege für Abrüstung [illegible] erreichen [illegible] Deutschland und [illegible] Mächte, jeden Angriffskrieg [illegible]. Dies aber ist [illegible] herbeigeführt worden mit der Absicht, daß das internationale Friedensinstrument [illegible] das [illegible] sollte.

Als [illegible] Plan [illegible] wurde ihm eine große Debatte erteilt. Während er sprach, [illegible] Andre Tardieu, der französische Kriegsminister, in eine Rede der Rede vertieft da.

Erst in der Einsamkeit, in abgeschlossener Natur erfährt der Mensch ganz deren Erhabenheit, über irdische Nichtigkeiten erhaben und empfindet wirkliche Ehrfurcht vor ihrem Schöpfer.